

Fragen

für die Fragestunde der 5. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Dezember 2017

Verzeichnis der Fragen

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	15	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Brandner, Stephan (AfD)	9, 10	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 38
Christmann, Anna, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	5, 39
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	1, 29	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	40
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Renner, Martina (DIE LINKE.)	19, 41
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	8, 46	Sitta, Frank (FDP)	22, 23
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	2, 3	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Herrmann, Lars (AfD)	14	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	18, 36	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	11, 12	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	42, 43
Kamann, Uwe (AfD)	4, 28	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	24, 25
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 37		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54		
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	18

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
Hat der Bundesnachrichtendienst (BND) Bodenproben aus Chan Scheichun nach dem Angriff vom 4. April 2017 auf die enthaltenen chemischen Substanzen untersucht, mittels derer aufgrund von Vergleichswerten und in Verbindung mit weiteren Faktoren der BND zu dem Ergebnis gekommen sei, dass das syrische Regime für den Giftgasangriff verantwortlich sein müsse (<http://faktenfinder.tagesschau.de/ausland/syrien-giftgas-sarin-101.html>), und wenn ja, aus welcher Quelle stammen diese Bodenproben?

2. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
Seit wann ist der Bundesregierung die Kritik der Mitglieder des Unabhängigen Gremiums bekannt, dass das Bundeskanzleramt und der Bundesnachrichtendienst deren Aufgabe – die Überprüfung der strategischen Fernmeldeaufklärung des BND – systematisch behindert (siehe diverse Medienberichte vom 7. Dezember 2017, u. a. ARD, NDR und Süddeutsche Zeitung), und welche Gründe gibt es aus Sicht der Bundesregierung für dieses Fazit der in diesem Gremium tätigen hochrangigen Juristen?

3. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den von den Mitgliedern des Unabhängigen Gremiums in ihrem aktuellen Bericht geäußerten Kritiken, und wer übernimmt für diesen Umgang mit dem Unabhängigen Gremium die politische Verantwortung?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

4. Abgeordneter
Uwe Kamann
(AfD)
Wie gedenkt die Bundesregierung, mit den, durch die Ankündigung der US-Regierung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, aufgetretenen politischen Spannungen im Nahen Osten umzugehen (www.welt.de/politik/ausland/article171352799/Hamas-ruft-wegen-Trumps-Israel-Plaenen-zu-neuer-Intifada-auf.html), und

wie ist die Haltung der Bundesregierung zu dieser Entscheidung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika?

5. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)

Mit welchen zusätzlichen Kosten in den nächsten zehn Jahren rechnet die Bundesregierung infolge der Entscheidung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten der Europäischen Union, eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ/PESCO) einzurichten, und unter welchen Bedingungen wäre nach dem Beitritt Deutschlands und der Gründung der SSZ noch eine Reduzierung der Ausgaben im Einzelplan 14 möglich?
6. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung nicht, wie angekündigt (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18242.pdf>), den EU-Afrika-Gipfel dazu genutzt, die von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zugesicherte fairere Ausgestaltung der Handelsbeziehungen der EU mit Afrika voranzutreiben (vgl. Reuters-Meldung vom 19. Juni 2017: „Merkel fordert neue EU-Handelsverträge mit afrikanischen Ländern“), und in welchem Rahmen plant die Bundesregierung, die fairere Ausgestaltung der Handelsbeziehungen in die Tat umzusetzen?
7. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den jüngsten Entwicklungen hinsichtlich der ukrainischen Antikorruptionsbehörde für deren unabhängige, erfolgreiche und schlagkräftige Arbeit (www.kyivpost.com/ukraine-politics/ukrinform.imf-urges-ukrainian-authorities-protect-independence-nabu-sapo.html), und welche konkreten Schritte unternahm die Bundesregierung, um die ukrainische Zivilgesellschaft in ihren Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung zu unterstützen?
8. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die aktuellen Lebensumstände von Geflüchteten, darunter viele Kinder, in dem EU-Hotspot Moria auf der griechischen Insel Lesbos (<http://ffm-online.org/2017/11/20/greek-island-calls-strike-against-eu-refugee-policy/>), und wie will die Bundesregierung zu einer Verbesserung der Situation vor Ort angesichts des Umstandes beitragen, dass die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel das Flüchtlingsabkommen

mit der Türkei verteidigt (www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinsabkommen-mit-tuerkei-merkel-kritisiert-freude-am-scheitern-a-1093472.html; www.welt.de/politik/deutschland/article162778752/Merkel-machte-Tuerkei-konkrete-Zusage-bei-Fluechtlingszahl.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

9. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- In wie vielen Fällen pro Jahr kam es nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2005 zu Straftaten mit ausländischen Tätern oder Tätern mit doppelter Staatsbürgerschaft, in deren Folge es zu Schnittverletzungen kam?
10. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie viele Menschen kamen nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des Familiennachzugs von Asylbewerbern, gleich welchen rechtlichen Status (Asylbewerber, Kontingentflüchtlinge, Flüchtlinge mit Duldung, Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Personen mit subsidiärem Schutz) seit 2000 pro Jahr nach Deutschland?
11. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Flüchtlingsstatus für irakische und syrische Asylsuchende (bitte differenzieren) sind seit März 2016 durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bzw. die Gerichte erteilt worden (bitte so differenziert wie möglich darstellen und unterteilen in Anerkennungen als Asylberechtigte bzw. Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention einerseits und Anerkennungen eines subsidiären Schutzstatus andererseits), und wie viele Visa zur Familienzusammenführung mit in Deutschland lebenden irakischen und syrischen Flüchtlingen bzw. Staatsangehörigen (bitte differenzieren) sind in diesem Zeitraum in der Region erteilt worden bzw. noch absehbar (Personen mit einem Wartetermin zur Visumbeantragung)?

12. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wieso ist es der Bundesregierung nicht möglich, aufgrund der Zahlen zu erteilten Schutzstatus mit Anspruch auf Familiennachzug und zu erteilten bzw. beantragten Visa zur Familienzusammenführung in Bezug auf irakische und syrische Flüchtlinge eine zumindest ungefähre Einschätzung zum Umfang des zu erwartenden Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten aus diesen Ländern ab März 2018 zu machen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 18/13696), obwohl das Auswärtige Amt dazu entsprechende Planungen zur ungefähren Zahl zu erteilenden Familiennachzugsvisa inklusive des Nachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten für das Jahr 2018 vornehmen konnte (vgl. das mir vorliegende Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 1. Dezember 2017 und dpa vom 20. Oktober 2017), und wie ist das Bundesministerium des Innern in Bezug auf die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten auf eine Zahl von ungefähr 100 000 Personen gekommen (bitte dem zugrunde liegende Annahmen und Berechnungen nennen), worauf die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoğuz in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 6. Dezember 2017 hinwies?
13. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Haltung hat die Bundesregierung auf der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 7. und 8. Dezember 2017 bezüglich der Sicherheitslage in Syrien und der Forderung, den Abschiebestopp nach Syrien nur noch bis zum 31. Mai 2018 zu verlängern, vertreten?
14. Abgeordneter
Lars Herrmann
(AfD)
- Gegen wie viele Drittstaatsangehörige, die während der wieder eingeführten Grenzkontrollen zu Österreich durch die Bundespolizei wegen des Verdachts der unerlaubten Einreise bzw. des unerlaubten Aufenthalts festgestellt wurden, sind aufenthaltsbeendende Maßnahmen in Form der Zurückweisung, Zurückschiebung oder Haft zur Sicherung der Abschiebung ergangen?

15. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Anzahl der zum christlichen Glauben konvertierten Flüchtlinge, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese im Rahmen eines Asylverfahrens vor Anfeindungen oder Benachteiligungen zu schützen?
16. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wegen welcher Straftaten wurden die am 6. Dezember 2017 abgeschobenen Afghanen nach Kenntnis der Bundesregierung verurteilt, so dass eine Abschiebung nach Auffassung der Bundesregierung gerechtfertigt erschien (bitte jeweils einzeln für die am 6. Dezember 2017 nach Afghanistan abgeschobenen Personen auflisten)?
17. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung hält die Bundesregierung die am 6. Dezember 2017 erfolgte Abschiebung des in einem regulären Ausbildungsverhältnis befindlichen Afghanen aus Bayern (vgl. BR24 vom 6. Dezember 2017) vor dem Hintergrund, dass die sogenannte Ausbildungsduldung nach § 60a Absatz 2 Satz 4 ff. AufenthG Rechtssicherheit für Geduldete und Betriebe während der Ausbildung sicherstellen soll, vorausgesetzt, dass diese nicht straffällig sind und nicht aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland stammen, für gerechtfertigt?
18. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zum Vorhaben der Europäischen Kommission, nunmehr Verhandlungen über ein Abkommen der Polizeiagentur Europol mit Israel zu beginnen (Elfter Fortschrittsbericht „Auf dem Weg zu einer wirksamen und echten Sicherheitsunion“, Ratsdokument 13478/17), was vom Europol-Verwaltungsrat zwar bereits genehmigt (ebd.), doch bis zum Inkrafttreten der neuen Europol-Verordnung noch nicht umgesetzt worden ist (ebd.), und inwiefern könnte ein solches Abkommen aus Sicht der Bundesregierung nicht nur am mangelnden Datenschutzniveau Israels scheitern (ebd.) („Angemessenheitsbeschluss“), sondern auch daran, dass hierüber indirekt die israelische Siedlungspolitik in Ostjerusalem anerkannt würde, da Israel

dort ein Hauptquartier der Polizei betreibt, mit dem Europol zwangsläufig kooperieren würde („Israel Police touts first station of its kind in East Jerusalem“, THE TIMES OF ISRAEL vom 7. Mai 2017)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

19. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- War der Generalbundesanwaltschaft zum Zeitpunkt der Ablehnung der Übernahme der Ermittlungen im Fall Oury Jalloh (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 30 auf Bundestagsdrucksache 19/151) bekannt, dass der Dessauer Leitende Oberstaatsanwalt einen konkreten Anfangsverdacht hatte, dass Oury Jalloh im Polizeigewahrsam durch Polizeibeamte ermordet und dann verbrannt sein könnte, um den Mord und zwei weitere Morde an sozial Benachteiligten im gleichen Polizeirevier zu vertuschen (www.tagespiegel.de/politik/verdacht-gegen-dessauer-polizisten-staatsanwalt-verbindet-fall-oury-jalloh-mit-frueheren-todesfaellen/20680670.html)?
20. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine Reform des § 219a StGB, damit Fälle wie der aktuelle Fall einer Frauenärztin (die vom Landgericht Gießen zu einer Geldstrafe von 6 000 Euro verurteilt wurde, weil sie auf ihrer Internetseite über Schwangerschaftsabbrüche informiert hat – vgl. www.zeit.de vom 24. November 2017) sich in Zukunft nicht wiederholen, und welche konkreten Maßnahmen will sie in diesem Zusammenhang ergreifen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

21. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die in der Förderstrategie Energieeffizienz und Wärme aus erneuerbaren Energien (BMWi, Mai 2017) vorgesehene Beendigung der Austauschförderung für ausschließlich auf fossilen Energieträgern basierende Heiztechniken bis spätestens zum Jahr 2020 angesichts der drohenden Verfehlung der 2020er Klimaziele vorgezogen werden muss, und falls nein, mit welchen Maßnahmen im Gebäudebereich will die Bundesregierung stattdessen einen schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien im Heizungsmarkt erreichen?
22. Abgeordneter
Frank Sitta
(FDP)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung bezüglich des Beschlusses des Industrieausschusses des Europäischen Parlaments vom 28. November 2017 zur Änderung der Energieeffizienzrichtlinie mit dem Ziel – Medienberichten zufolge (www.welt.de, 7. Dezember 2017) –, „dass künftig jedes Jahr drei Prozent aller öffentlichen Wohnungen, hierzulande also auch die Bestände kommunaler Wohnungsgesellschaften, energetisch umfassend saniert werden sollen“ und warum?
23. Abgeordneter
Frank Sitta
(FDP)
- Welche Schritte wird die Bundesregierung in dieser Sache wann ergreifen und mit welchem Ziel?
24. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Pfandkredite wurden nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2005 bis 2017 von Pfandleihhäusern vergeben, und welche durchschnittliche Höhe hatten diese in den jeweiligen Jahren?
25. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen nahmen nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2005 bis 2017 Pfandkredite in Anspruch, und wie hoch war die jährliche Kreditsumme (insgesamt und pro Person)?

26. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung angesichts des Fachkräftemangels, dass die Regeln zur Anerkennung von Berufsabschlüssen knapp zwei Jahre nach dem Stichtag immer noch nicht vollständig umgesetzt sind und im Zuge dieses Versäumnisses die EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland Klage mit absehbar erheblichen finanziellen Folgen eingereicht hat?
27. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lange wird es noch dauern, bis die Regeln zur Anerkennung von Berufsabschlüssen vollständig umgesetzt sind?
28. Abgeordneter
Uwe Kamann
(AfD)
- Plant die Bundesregierung, ähnlich wie die Vereinigten Staaten von Amerika (http://transition.fcc.gov/Daily_Releases/Daily_Business/2017/db1121/DOC-347868A1.pdf; www.wired.de/collection/life/netzneutralitaet-usa-fcc-trump-meinungsfreiheit), die Abschaffung der Netzneutralität, so dass Breitband- und Mobilfunkanbieter in Zukunft wieder selbst entscheiden, wie der Datenverkehr im Internet aussieht, und wenn ja, wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass dadurch keine Zensur, Ungleichbehandlung und ein zwei Klassen-Internet hergestellt wird?
29. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Für den Export welcher Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien hat die Bundesregierung bisher im vierten Quartal 2017 Genehmigungen erteilt (bitte aufschlüsseln unter Abgabe des Werts und der genauen Bezeichnung des Guts (vgl. Antwort der Bundesregierung auf Frage 33 des Abgeordneten Stefan Liebich auf Bundestagsdrucksache 19/120)), und welche (auch nachrichtendienstlichen) Kenntnisse hat die Bundesregierung, ob an Saudi-Arabien aus Deutschland gelieferte Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter im Jemen, zum Beispiel auch durch die von Saudi-Arabien angeworbenen Söldner (siehe Bundestagsdrucksache 18/11389), zum Einsatz kommen?

30. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern erachtet die Bundesregierung Schutzklauseln im EU-Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten als schädigend (vgl. Süddeutsche Zeitung: „EU steht kurz vor Handelspakt mit Südamerika“, 6. Dezember 2017), und inwiefern setzt sich die Bundesregierung für die Verankerung der Pariser Klimaschutzziele in dem Abkommen ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

31. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum ist das Vorsorgeprinzip als zentrales Prinzip für den europäischen Verbraucherschutz nicht im Lebensmittel-Kapitel des EU-Handelsabkommens mit den Mercosur-Staaten verankert (vgl. Süddeutsche Zeitung: „EU steht kurz vor Handelspakt mit Südamerika“, 6. Dezember 2017), und inwiefern setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass es horizontal für alle Kapitel des Mercosur-Abkommens verankert wird?
32. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung angesichts der letzten Fleischskandale (siehe Süddeutsche Zeitung vom 6. Dezember 2017) im Mercosur-Abkommen vor, um die Einfuhr von gesundheitlich bedenklichem Fleisch zu verhindern, und wie sollen diese Maßnahmen/Kontrollen umgesetzt werden?
33. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen auf kleinere und mittlere Fleischerzeuger sind nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Mercosur-Abkommen in den Mercosur-Staaten und in der Europäischen Union verbunden, und kann ausgeschlossen werden, dass kleinere und mittlere Erzeuger in den Mercosur-Staaten und in der Europäischen Union von dem Abkommen nachteilig betroffen sind?

34. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erwägt die Bundesregierung einen vollständigen Ausstieg Deutschlands aus der Nutzung der Insektizidgruppe der Neonicotinoide, ähnlich wie er von der französischen Regierung für den Zeitraum ab September 2018 zum Schutz der Biodiversität beschlossen wurde (vgl. www.br.de/nachrichten/insektizide-neonicotinoide-eu-verbot-100.html), und welche zentralen Inhalte (allgemeine Positionierung, Stimmverhalten) enthält die Weisung der Bundesregierung an den Vertreter Deutschlands hinsichtlich der Diskussion und eventuellen Abstimmung im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (Bereich Pflanzengesundheit) am 12. und 13. Dezember 2017 bezüglich des Regulierungsvorschlages der EU-Kommission, ein Freilandverbot für drei Wirkstoffe der Neonicotinoide zu erlassen (vgl. die Tagesordnungspunkte B.08, B.09 und B.10)?
35. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Gründe der Bundesregierung, sich der Klage der Agrarchemieunternehmen Monsanto und Cheminova gegen den Zugang der zur Risikobewertung von Glyphosat eingereichten Herstellerstudien anzuschließen, und unter Beteiligung welcher Ressorts wurde diese Entscheidung getroffen?
36. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welches Ziel verfolgt die Bundesregierung mit der Unterstützung der EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), in dem es um die Veröffentlichung von Studien über potenzielle Gesundheitsgefahren des Unkrautvernichters Glyphosat geht (www.spiegel.de/politik/ausland/glyphosat-bundesregierung-hilft-vor-eugh-bei-studien-geheimhaltung-a-1182223.html), und aus welchen Gründen tritt die Bundesregierung dafür ein, dass diese Studien, die nach meiner Ansicht wichtige Informationen für die kontrovers geführte Debatte um die Gefahren durch Glyphosat beisteuern könnten, der Öffentlichkeit vorenthalten werden?
37. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat sich die Bundesregierung der Klage der Agrochemieunternehmen Monsanto und Cheminova vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Veröffentlichung von Studien, auf denen die Bewertung des Herbizids Glyphosat

durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) beruht, angeschlossen (SPIEGEL ONLINE vom 7. Dezember 2017), und was spricht aus Sicht der Bundesregierung gegen die Veröffentlichung dieser Studien?

38. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung unterstützt die Bundesregierung die EFSA in dem EuGH-Verfahren gegen diese zur Offenlegung der Glyphosat-Studien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

39. Abgeordneter
**Dr. Alexander S.
Neu**
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund von Berichten (<http://augengeradeaus.net/2017/11/wieder-da-moerser-und-minenleger/#more-28605>), die den vermehrten Einsatz von Minenverlegesystemen bei Bundeswehrrübungen vermelden, darunter das bereits ausgemusterte Minenverlegesystem 85, wie viele Minensysteme, mit welchen Fähigkeiten die Bundeswehr zukünftig vorhalten will?
40. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Welche Planungen und Überlegungen hat die Bundesregierung für die Anschaffung und Indienststellung neuer Trägersysteme der Bundeswehr (statt der bisherigen Tornados z. B. US-amerikanische F-35) für die (neuen B61-12) US-Atomwaffen in Büchel (den sogenannten Transport-Service der Bundeswehr als Teil der sogenannten nuklearen Teilhabe), und inwiefern fordert die Bundesregierung überhaupt einen Abzug der Atomwaffen und strebt ein Ende der nuklearen Teilhabe an?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

41. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Sind von der durch die hessische Landesregierung geplanten Verfassungsschutzüberprüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Projekte gegen Extremismus (www.fr.de/rhein-main/landespolitik/verfassungsschutz-in-hessen-protest-gegen-extremismusklausel-a-1401897) auch Projekte betroffen, die durch Bundesmittel (teil)finanziert werden, und hat das Land Hessen das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend darüber vorab informiert?
42. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Pläne des hessischen Innenministeriums, ab dem 1. Januar 2018 eine anlasslose sicherheitsbehördliche Überprüfung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Projektträgern vorzunehmen (www.bundesverband-mobile-beratung.de/2017/11/29/land-hessen-kuendigt-vertrauensvolle-zusammenarbeit-auf/), deren Arbeit für Demokratie und beispielsweise gegen Rassismus und Antisemitismus von Bund und Ländern gefördert wird?
43. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt wird die Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“ zu Familien in Trennung, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben wurde, veröffentlicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

44. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Weigerung von Kuwait Airways, Passagiere mit israelischer Staatsbürgerschaft zu befördern (www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/26109), und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein Verstoß gegen die Beförderungspflicht nach § 21 Absatz 2 des Luftverkehrsgesetzes vorliegt?
45. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur oder das Luftfahrt-Bundesamt unternommen, um die Beförderungspflicht auch für israelische Staatsbürger gegenüber Kuwait Airways durchzusetzen?
46. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die nun bekannt gewordene neuerliche Kostensteigerung des Projekts Stuttgart 21 (www.stern.de/wirtschaft/news/stuttgart-21-erst-2024-fertig--eine-milliard-euro-zusaetzliche-kosten-7767644.html), und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung im Aufsichtsrat der bundeseigenen Deutschen Bahn AG daraus ziehen?
47. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die bereits bewerteten Schienenprojekte des potenziellen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans 2030 jeweils abgeschlossen, und bis wann plant die Bundesregierung, die Bewertung aller Schienenprojekte des potenziellen Bedarfs abzuschließen?
48. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise wird die Bundesregierung sicherstellen, dass sich auch ausländische Automobilhersteller am Industrieanteil des Mobilitätsfonds beteiligen, und durch wen wird der fehlende Anteil von ca. 90 Mio. Euro bereitgestellt,

wenn er nicht von ausländischen Automobilherstellern übernommen wird (vgl. www.n-tv.de/wirtschaft/Dem-Dieselfonds-fehlt-das-Geld-article20170926.html)?

49. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Städte sollen laut der Bund-Länder-Kommunen-Arbeitsgruppe beim geplanten Fonds „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ antragsberechtigt sein, und auf welcher Grundlage bzw. auf Grundlage welcher Liste erfolgt diese Auswahl?
50. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Abschalteinrichtungen für bzw. Eingriffe in die Stickoxid-Abgasnachbehandlung bei Dieselfahrzeugen haben die Autohersteller dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) bis zum jetzigen Zeitpunkt gemeldet (bitte unter Angabe der technischen Vorgänge detailliert nach Modellen auflisten)?
51. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie plant die Bundesregierung, die Initiative von 18 europäischen Städten, die von der EU schärfere Sicherheitsstandards für Lastwagen, um Fußgänger und Radfahrer besser zu schützen, fordert (dpa, 7. Dezember 2017), auf EU-Ebene zu unterstützen, und welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung bereits um, um deutliche Verbesserungen in der Verkehrssicherheit bezüglich Lastwagen in Innenstädten auf nationaler Ebene zu erwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

52. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den von der EU-Kommission vorgeschlagenen CO₂-Grenzwerten für Neuwagen ab 2021 (DER TAGESSPIEGEL, 6. Dezember 2017), und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung derzeit in dieser Angelegenheit?

53. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Sachstand bzw. gegebenenfalls das Ergebnis der Prüfung der Bundesregierung, ob aus ihrer Sicht beim französischen Atomkraftwerksneubau Flamanville 3 aufgrund der regelwerkswidrigen Materialmängel im Deckel und in der Bodenkalotte des Reaktordruckbehälters eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 78 auf Bundestagsdrucksache 18/13533), und welchen Austausch gab es im zweiten Halbjahr 2017 bis dato zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und der französischen Atomaufsichtsbehörde ASN zu diesen Materialmängeln, ihrer Bewertung und den betreffenden Konsequenzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

54. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils 2 BvE 2/11 vom 7. November 2017 zur Antwortpflicht der Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Bundestag – insbesondere vor dem Hintergrund des ersten Leitsatzes des Urteils – bereit, mir und meiner geheimschutzüberprüften Mitarbeiterin/meinem geheimschutzüberprüften Mitarbeiter die drei Unterlagen, die dem BMBF laut Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 68 auf Bundestagsdrucksache 18/13617 im Zusammenhang mit dem künftigen Brennstoffeinsatz im Forschungsreaktor München II (FRM II) vorliegen, sowie etwaige seitdem hinzugekommene analoge Unterlagen unter Geheimschutzbedingungen in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zugänglich zu machen?
55. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass nur noch 18 Prozent aller Studierenden BAföG erhalten, was die niedrigste Quote seit den 1990er Jahren ist (21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks), und in welchem Maß müssen die Freibeträge vom Einkommen an-

gehoben sowie ggf. weitere Reformschritte eingeleitet werden, damit 2020 wieder 20, 25 bzw. 30 Prozent der Studierenden BAföG erhalten?

56. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern wurden die von der Bundesregierung mit der 25. BAföG-Novelle angestrebten Ziele bezüglich der Anzahl der Geförderten und der tatsächlichen Höhe der an die Geförderten ausbezahlten Förderungssätze erreicht oder nicht erreicht?

57. Abgeordnete
**Dr. Anna
Christmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird der „DigitalPakt Schule“ derzeit durch die geschäftsführende Bundesregierung weiter vorangetrieben vor dem Hintergrund, dass „bis Ende des Jahres 2017 eine Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung der Bildung in der digitalen Welt im Bereich der Schule“ (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 18/13395 vom 22. August 2017) erarbeitet werden soll, und ab wann können die Schulen, das Lehrpersonal und die Schülerinnen und Schüler nach Einschätzung der Bundesregierung voraussichtlich vom „DigitalPakt Schule“ profitieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

58. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welcher genauen Berechnungsgrundlage unterliegt die vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, in der Zeitschrift „BMZeit“ vom 29. November 2017 getätigte Aussage, die entwicklungspolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland im Bereich Klimaschutz, Entwicklung neuer Technologien und erneuerbarer Energien würden ein CO₂-Minderungspotenzial schaffen, welches mit der Abschaltung von 100 Kohlekraftwerken vergleichbar sei, und welche konkreten Maßnahmen sind dabei im Detail unterlegt?